

**Öffentlicher Teil der**  
**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Seniorenbeirates**  
**am 23.03.2023, im Ratssaal im Rathaus, Uetersen**

---

Beginn: 14:30 Uhr

Ende: 17:15 Uhr

**Stimmberechtigte Personen:**

Wolf-Niederhausen, Kirsten    Stellv. Vorsitzende

Rainer Herzog                    Mitglied

Rudolf Kleinwort                Mitglied

**Entschuldigt fehlten:**

Heinrich Fasel                  Mitglied

**Nicht stimmberechtigte Personen:**

Sabine Lankau                  Ratsfrau

Katrin Stange                  Ratsfrau

Ingo Struve                      Ratsherr

Jens Ewald                      Ratsherr

Heinrich Wehner               Ratsherr

Helmut Schwalm               Ratsherr

Rudolf Engels                  Bürgerliches Mitglied

Bernd Szwirblatt               Bürgerliches Mitglied

**Für die Verwaltung:**

Hanna Wegner                  Protokollführerin der Verwaltung

**Als Gäste anwesend:**

Herr Karabacak, Ortsverbandsvorsitzender CDU zu TOP 4

Herr v. Ziehlberg, als Moderator zu TOP 4

10 interessierte Gäste

**TOP 1**

**Eröffnung der Sitzung**

Die stellvertretende Vorsitzende Frau Wolf-Niederhausen eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Seniorenbeirat beschlussfähig ist. Zur Protokollführerin wird Frau Wegner bestimmt.

Es wird über die Tagesordnung in ihrer Gesamtheit abgestimmt.

## **Tagesordnung**

1. Eröffnung der Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14. November 2022
4. Diskussionsrunde mit den Uetersener Politikern zu aktuellen Themen mit Blick auf die bevorstehende Kommunalwahl am 14. Mai 2023
5. Verschiedenes

### **Beschluss:**

„Die Tagesordnung wird wie oben aufgeführt beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen

Entspricht: Einstimmig angenommen.

### **TOP 2**

#### **Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Fragen vor.

### **TOP 3**

#### **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14. November 2022**

Da bis zum Ende der Sitzung keine Änderungswünsche vorliegen, gilt die Niederschrift als genehmigt.

### **TOP 4**

#### **Diskussionsrunde mit den Uetersener Politikern zu aktuellen Themen mit Blick auf die bevorstehende Kommunalwahl am 14. Mai 2023**

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden Uetersener Politiker eingeladen, um zu aktuellen Themen mit Blick auf die bevorstehende Kommunalwahl zu diskutieren.

Zur Vorbereitung hat der Seniorenbeirat einen Fragenkatalog mit sieben verschiedenen Themenpunkten erarbeitet, der den politischen Vertretern vorab zur Verfügung gestellt wurde.

Die Diskussionsrunde wird von Herrn von Ziehlberg geleitet, der nach einer kurzen Ablaufferläuterung zum ersten Thema überleitet. Zu jedem Punkt dürfen die Parteien ca. zwei Minuten Stellung nehmen und abschließend werden Fragen aus dem Zuschauerraum zugelassen.

#### **1. Häusliche Pflege in der Kommune**

**In Uetersen leben geschätzt 450 Pflegebedürftige, die zuhause gepflegt werden. Die Entscheidung für die häusliche Pflege, die gesellschaftspolitisch gewünscht ist und den Staat entlastet, sollte seitens der Kommune unterstützt werden. Mit welchen Maßnahmen will ihre Partei pflegende Angehörige in Uetersen entlasten?**

Frau Wolf-Niederhausen erläutert das Thema, anschließend wird die Diskussion eröffnet.

Herr Struve weist darauf hin, dass eine Sachbearbeiterstelle für Seniorenangelegenheiten geschaffen wurde. Auf dieser Stelle wird sich zukünftig auch mit diesem seniorenrelevanten Thema auseinandergesetzt.

Die Einführung einer Gemeindegeschwester wird von der SPD befürwortet und angestrebt.

Frau Lankau erklärt die Unterstützung der BfB zur Einführung einer Gemeindegeschwester. Für die Partei an sich wird es jedoch schwierig sein, Maßnahmen zu ergreifen, um die pflegenden Angehörigen zu entlasten.

Eine sehr gute Arbeit leistet der Pflegestützpunkt, der ausgebaut werden sollte.

Herr Ewald berichtet von eigenen Erfahrungen zu diesem Thema und erklärt das Bestreben der Grünen, ein „Sozialbüro“ in der Fußgängerzone zu installieren. Dies wäre eine Anlaufstelle, um Wissen an betroffene Personen weiterzugeben und so eine Hilfestellung anzubieten.

Die Priorität zur Einführung einer Gemeindegeschwester liegt auch bei den Grünen weit oben.

Herr Karabacak hält das Thema für sehr wichtig. Die Unterstützung der CDU ist auf jeden Fall da. Die Einführung einer Gemeindegeschwester ist auch in seiner Partei ein großes Thema.

Als weiteren Punkt hält er die Einführung einer Hygienetonne für notwendig, hierzu wird erklärt, dass das Projekt bereits beschlossen wurde.

Auch die fachärztliche Versorgung sollte dringend ausgeweitet und thematisiert werden. Ein HNO-Arzt wäre in Uetersen dringend notwendig.

Herr Engels erklärt für die FDP, dass das Gesundheitssystem nicht von der Kommunalpolitik verändert werden kann. Dies sei ein bundesweites Problem.

Bezüglich der häuslichen Pflege gibt es eine Informationsbroschüre vom Verein „Menschen helfen Menschen“. Durch die neue Stelle für Seniorenangelegenheiten soll der Informationsfluss weiter gestärkt werden.

Für die Einführung einer Gemeindegeschwester wurde auf kreisebene bereits ein Vorstoß gewagt und wäre auch eine gute Möglichkeit für die Stadt Uetersen.

Eine Tagespflege wird derzeit auch im Jochen-Klepper-Haus geplant.

Nun wird die Fragerunde für die BesucherInnen freigegeben.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Fragestellung kaum beantwortet wurde. Daraufhin präzisieren Herr Struve und Frau Lankau ihre Aussagen.

**Es wird eine Frage direkt an Herrn Karabacak gerichtet. Seit Ewigkeiten würde es keinen HNO-Arzt in Uetersen geben. Gibt es schon jemanden, der sich dafür bereiterklären würde?**

*Es gibt einige Möglichkeiten ein Ärzteangebot zu schaffen. Die Politik muss sich bewegen und auch im Kreis- oder Landtag tätig werden.*

Nach einer kurzen Diskussion über die Versuche in der Vergangenheit, Ärzte in der Stadt zu etablieren, wird das Thema abgeschlossen.

## **2. Verbesserung des ÖPNV**

**Die Senioren und Seniorinnen, die abseits der Buslinien in den Wohngebieten z.B. Am Steinberg, Pracherdamm, Hochfeldstraße, Pastor-Boldt-Straße, Deichstraße, Katzhagen, Theodor-Storm-Allee, Grenzstraße usw. wohnen und über keine eigenen Fahrzeuge verfügen, wünschen sich eine bessere Anbindung an den ÖPNV. Würde sich ihre Partei für die Einrichtung eines Busses auf Abruf (Rufbus) mit variabler Streckenführung, ggf. mit Fahrkostenaufschlag (vor allem für Randgebiete oder zu Uhrzeiten mit geringer Nachfrage), so wie er in Tornesch und Gebieten in Dithmarschen und Nordfriesland für bestimmte Bereiche existiert, einsetzen?**

Herr Kleinwort erläutert das Thema und weist auf den 5. Regionalen Nahverkehrsplan hin, der für Tornesch und Uetersen bis 2026 von AST (Anrufsammeltaxi in Tornesch) auf On-Demand-Verkehre für beide Städte und Heidgraben umgestellt werden soll. Anschließend wird die Diskussion eröffnet.

Frau Lankau erklärt, dass der Kleinbus in Nordfriesland privat organisiert wird. Hier bestände die Möglichkeit bei der KViP anzufragen, ob eine Umsetzung möglich wäre. Die BfB würde dieses Projekt unterstützen.

Herr Struve ergänzt zu diesem Thema, dass bis 2026 eine Verbesserung der Busanbindungen (siehe oben, On-Demand) umgesetzt werden soll. Finanzielle Mittel sind bereits vorhanden.

Frau Stange erklärt, dass die schlechte Busanbindung ein generelles Problem für viele BürgerInnen ist. Die Busse müssen erweiterte Fahrzeiten bekommen, die Haltestellen müssen barrierefrei werden, was bereits in Arbeit ist und auch an das Projekt, On-Demand, Busse auf Abruf zu bestellen, muss man sich herantrauen und einen Antrag einbringen. Überlegenswert wäre es auch, einen Bus über eine Stiftung zu finanzieren und zu organisieren.

Herr Karabacak weist auf einen elektrischen Kleinbus hin, der im Kreis Dithmarschen installiert wurde und auf Abruf fährt. Hier wäre ein Gespräch mit der KViP sinnvoll, um eine Umsetzung auszuloten.

Herr Wehner gibt zu bedenken, dass man bei all den guten Ideen auch an die Finanzen denken muss. Es gab diesbezüglich bereits einige Gespräche mit Taxiunternehmen etc., die vorangetrieben werden, um eine Lösung zu finden.

Herr Engels erklärt, dass die Einführung eines Ringbusses oder Schnellbusses im Verkehrsentwicklungsplan enthalten ist und eine Umsetzung somit geplant ist.

Herr Stuve ergänzt, dass die Mittel bereitstehen und ein Antrag gestellt werden muss.

Nun wird die Fragerunde für die BesucherInnen freigegeben.

Es wird darauf hingewiesen, dass es natürlich eine finanzielle Belastung darstellen wird. Aufgrund einer hohen Nutzung würde sich das Projekt jedoch rentieren.

### **3. Barrierefreie Stadt**

**Die Einhaltung der Barrierefreiheit ist in den letzten Jahren in mehreren Gesetzen verankert worden, z.B. im Barrierefreiheitsstärkungsgesetz (BFSG) 2021 und im Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) 2022. Bei „neuen“ Bauvorhaben und Baumaßnahmen im öffentlichen Bereich kann daher davon ausgegangen werden, dass die Barrierefreiheit berücksichtigt wird. Wie stehen sie als Partei zur Einbindung von Vertretern der betroffenen Gruppen (z.B. Senioren/Seniorinnen, Menschen mit Beeinträchtigungen) bereits in der Planungsphase von neuen Bauvorhaben und Baumaßnahmen im öffentlichen Bereich? Wie stehen sie zur Verbesserung der Barrierefreiheit in schon bestehenden öffentlichen Orten und Gebäuden? Dazu zählen unter anderem auch Parks, Verkehrswege, öffentliche Einrichtungen und Arztpraxen.**

Herr Herzog erläutert das Thema, anschließend wird die Diskussion eröffnet.

Herr Ewald weist erneut auf das angestrebte Seniorenbüro in der Fußgängerzone hin. Dies wäre dann barrierefrei erreichbar und hier würden Sozialgruppen, der Seniorenbeirat und der Behindertenbeauftragte untergebracht werden.

Sehr wichtig ist es auch, die Schulen und Arztpraxen barrierefrei umzubauen und mit Fahrstühlen auszustatten.

Herr Herzog gibt zu bedenken, dass es nicht nur um die behindertengerechte Bauweise geht, sondern auch um die Barrierefreiheit im Allgemeinen.

Herr Karabacak hält es für wichtig, einen Prüfauftrag für ein altersgerechtes Uetersen an die Verwaltung zu stellen, um alle neuen Baumaßnahmen auf die Barrierefreiheit zu prüfen.

Die barrierefreien Geh- und Radwege, sowie Bushaltestellen befinden sich bereits in Arbeit.

Herr Kleinwort gibt zu bedenken, dass die CDU dem barrierefreien Ausbau von sieben Bushaltestellen nicht zugestimmt hat.

Herr Engels erklärt die Wichtigkeit, den Behindertenbeauftragten und den Seniorenbeirat bei Bauvorhaben mit einzubeziehen. Dies war eine Anregung der FDP und wird bereits umgesetzt.

Aufgrund von nicht zielführenden Ausschreibungen, da keine Angebote eingehen und fehlender Ressourcen, können einige Projekte nicht zeitnah umgesetzt werden.

Herr Struve macht deutlich, dass bereits bei Neubaumaßnahmen auf die Umsetzung der Barrierefreiheit geachtet wird. Auch die Umrüstung von öffentlichen Gebäuden ist weiterhin in Arbeit.

Frau Lankau stellt klar, dass die Barrierefreiheit ein sehr wichtiges Thema ist. Eine Handhabe hat man jedoch nur bei öffentlichen Gebäuden. Auf private Arztpraxen oder auch private Baumaßnahmen kann man keinen Einfluss nehmen.

#### **4. Wohnen im Alter**

**Fast alle älteren Menschen möchten in ihrem Zuhause bleiben oder zumindest in ihrem Quartier.**

**Welche konkreten Schritte werden sie unternehmen, um bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum zu schaffen und das Wohnumfeld an die Bedürfnisse der Älteren anzupassen?**

**Befürworten sie die Prüfung aller Neubau- und Modernisierungsvorhaben im Hinblick auf die Einrichtung von Pflege- Wohngemeinschaften analog der Pinneberger Erklärung?**

Frau Wolf-Niederhausen erläutert das Thema, anschließend wird die Diskussion eröffnet.

Herr Karabacak erklärt zur Pinneberger Erklärung, dass für die CDU das Bielefelder Modell im Fokus liegt und unterstützt wird.

Das betreute Wohnen muss dringend ausgebaut werden.

Bei neuen Baumaßnahmen wird ein Augenmerk darauf liegen, dass das Thema „Wohnen im Alter“ Berücksichtigung findet.

Herr Engels spricht sich für das Mehrgenerationenwohnen aus. Ideen diesbezüglich müssten bei Neubaumaßnahmen eingebracht werden, wie auch bereits beim Jochen-Klepper-Haus geschehen. Hier wurden die Kindertagesstätte und das Pflegeheim zusammengeführt.

Herr Struve wird Kontakt mit der Pinnau Baugenossenschaft aufnehmen, um das Thema bei einem Gespräch aufzunehmen.

Frau Lankau gibt zu bedenken, dass die Pinneberger Erklärung im Jahre 2016 geschlossen wurde. Um diese Erklärung für die Stadt Uetersen anzupassen, wäre es sinnvoll, einen Vertreter in den Sozial- und Umweltausschuss einzuladen, um sich das Projekt vorstellen zu lassen.

Frau Stange hält die Pinneberger Erklärung für ein wünschenswertes Modell.

Sie weist darauf hin, dass die Stadt Schenefeld einen städtebaulichen Vertrag geschlossen hat, in dem verankert ist, welche Vorgaben zu erfüllen sind.

Nach einer kurzen Diskussion über die Umsetzung eines solchen Vertrages wird die Fragerunde für die BesucherInnen freigegeben.

Es wird darauf hingewiesen, dass es nicht ausreicht, Ideen zu haben, sondern auch eine Umsetzung erfolgen muss und dies zeitnah.

Es gibt viele neue Konzepte und Wohnformen, die aber auch bekannt gemacht werden müssen, damit die Firmen diese Konzepte berücksichtigen können.

Auch bei privaten Bauten wären verschiedene Wohnformen möglich.

**Es erfolgt eine Sitzungsunterbrechung von 16 Uhr bis 16:10 Uhr.**

#### **5. Fuß- und Radwege in der Stadt, Wirtschaftswege**

**Was stellt sich ihre Partei zeitnah vor, den dokumentierten (s. Kataster) schlechten Zustand von Fuß- und Radwegen abzustellen? Wie wollen sie den schlechten Zustand, hervorgerufen durch immer schwerere landwirtschaftliche Fahrzeuge auf Wirtschaftswegen, für Radfahrer und Fußgänger abstellen? Welche Maßnahmen sehen sie zur friedlichen Koexistenz von Fußgängern und Radfahrern?**

Herr Herzog erläutert das Thema, anschließend wird die Diskussion eröffnet.

Herr Engels bestätigt, dass sich die Wirtschaftswege größtenteils in einem schlechten Zustand befinden. Da es sich dabei jedoch meist um Privatwege handelt, hat die Politik dort keine Handhabe.

Der Verkehr muss zukünftig deutlich reduziert werden und es sollte über Fahrradstraßen nachgedacht werden.

Herr Struve erklärt, dass die Radwege regelmäßig nacheinander ausgebaut werden. Bezüglich der Wirtschaftswege wurde bereits ein Prüfauftrag auf Förderfähigkeit an die Verwaltung gestellt.

Die Polizeikontrollen sollten auf viel befahrenen Straßen erhöht werden, gerade auf Schulwegen.

Herr Herzog hält es für wünschenswert, ein digitales Meldesystem für Gefahrstellen einzurichten, damit eine schnelle Beseitigung erfolgen kann.

Frau Lankau gibt zu bedenken, dass es „Meckerzettel“ gibt, die von BürgerInnen ausgefüllt und ins Rathaus gegeben werden können.

Eine Abarbeitung erfolgte in der Vergangenheit je nach Priorität zeitnah.

Herr Ewald berichtet, dass der Hamburger Verkehrssenator bereits zwei Mal vor Ort war und erfragt wurde, warum es in Hamburg Fahrradstraßen gibt und in Uetersen eine Umsetzung nur schwer möglich ist.

Es sollten alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt behandelt werden und jeder muss auf jeden Rücksicht nehmen. Es müssen modernere und gleichberechtigte Ideen für eine neue Umgestaltung eingebracht werden.

Herr Karabacak hat mit der CDU in der vergangenen Woche eine Umfrage auf dem Marktplatz durchgeführt. Von 33 BürgerInnen haben 24 die Fuß- und Radwege als problematisch empfunden.

Die Stadt müsste in priorisierte Zonen aufgeteilt werden. Außerdem sollte der Kreis Pinneberg eingebunden werden und Bundes- und Landesmittel eingeworben werden. Nun wird die Fragerunde für die BesucherInnen freigegeben.

Herr Kleinwort regt an, dass die politischen Vertreter im Zuge einer Ortsbesichtigung die Prioritäten neu festlegen sollten.

Bezüglich der geplanten Fahrradstraße in der Seminarstraße wird berichtet, dass der Verkehrsplan beim Kreis Pinneberg zur Bearbeitung liegt.

## **6. Digitalisierung**

**Welche Lösungsmöglichkeiten bietet ihre Partei im Bereich der Digitalisierung, um ältere Menschen in die Entwicklung einzubeziehen? Wie wollen sie sicherstellen, dass auch Menschen ohne digitale Nutzung gleichwertig teilhaben können? Inwiefern kann eine digitale Grundversorgung mit Netzausbau und WLAN im öffentlichen Raum, aber auch sozialrechtliche digitale Hilfen im SGB XII erreicht werden?**

Herr Herzog erläutert das Thema, anschließend wird die Diskussion eröffnet.

Herr Struve fände es wünschenswert, wenn zusätzlich Kurse über die VHS angeboten werden könnten. Außerdem spricht er sich dafür aus, dass es immer analoge Möglichkeiten geben muss neben der Digitalisierung.

Auch Frau Lankau spricht sich dafür aus, dass stets eine analoge Möglichkeit gegeben sein muss.

Im festgelegten Regelsatz nach SGB XII stehen 40,-€ monatlich für digitale Themen zur Verfügung.

Angebotene Kurse von der VHS könnten möglicherweise finanziell unterstützt werden.

Frau Stange würde gerne das Internetcafé ausbauen und auch im angestrebten Sozialbüro ein solches Angebot schaffen.

Außerdem wäre eine App der Stadt Uetersen wünschenswert, in der alle Informationen erhalten sind.

Herr Karabacak spricht sich für das Recht auf ein Leben ohne digitale Medien aus.

Für eine Hilfestelle in digitalen Bereichen wäre eine zusätzliche Stelle, angeknüpft an die Stelle für Seniorenangelegenheiten erstrebenswert.

Herr Engels befürwortet eine Kooperation mit Schulen etc. Am besten kann man voneinander lernen, man muss nur fragen.

Auch eine Zeitspanne im Rathaus wäre wünschenswert, in der keine Termine benötigt werden.

Nun wird die Fragerunde für die BesucherInnen freigegeben.

Nach einem kurzen Austausch über digitale Schwierigkeiten wird das Thema geschlossen.

## **7. Straßenausbaubeiträge**

**Was will ihre Partei tun, um die Grundstückseigentümer bei den jetzt enorm gestiegenen Kosten für Baumaterialien und Energie usw. mit den Straßenausbaubeiträgen zu entlasten? Würde ihre Partei sich für eine weitere Verringerung der prozentualen Beteiligung der Straßenausbaubeiträge für die Anlieger einsetzen, wenn die Mehrheit im Rat weiterhin gegen eine Abschaffung der Beiträge ist?**

**Können sie sich eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vorstellen oder eine Alternative, die die Kosten auf alle Bürger und Bürgerinnen der Stadt umlegt, wie z.B. wiederkehrende Beiträge?**

Herr Kleinwort erläutert das Thema, wobei festgestellt wird, dass sich das Thema größtenteils erübrigt hat, (wenn der nächste Finanzausschuss dem Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen eine Mehrheit erhält, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen). Die Diskussion wird jedoch trotzdem eröffnet.

Frau Lankau erklärt, dass die BfB der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge nicht zustimmen wird. Die Kosten für den Ausbau der Straßen sind immens hoch und würde den Haushaltsplan erheblich ins Minus ziehen.

Herr Ewald erklärt, dass die Beiträge nicht nur von den Anliegern gezahlt werden dürfen, da auch andere Personen die Straßen nutzen.

Außerdem könnte man auf eingehende Klagen nicht argumentieren, wenn darauf aufmerksam gemacht wird, dass die Beiträge in Tornesch, Wedel, Elmshorn etc. abgeschafft wurden.

Sollten die Straßen klimagerecht ausgebaut werden, stehen außerdem EU-Mittel auf Landesebene zur Verfügung.

Herr Karabacak weist darauf hin, dass dies ein Hauptthema der CDU ist und auch in der Vergangenheit war.

Vorerst sollte dann lediglich eine Straße jährlich ausgebaut werden, um den Haushalt nicht zu sehr zu belasten.

Herr Engels stimmt zu, dass die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ein wirtschaftliches Risiko birgt und die Planung sicherlich eine Herausforderung sein wird, aber eine gute Lösung gibt es zu diesem Thema nicht.

Herr Struve erklärt, dass der Ministerpräsident bereits vor 6 Jahren angekündigt hat, dass Mittel ausreichend zur Verfügung gestellt werden. Dies ist immer noch nicht geschehen aber man kann das Thema nicht länger davon schieben.

Der Beschluss soll noch vor der Kommunalwahl zustande kommen.

Nun wird die Fragerunde für die BesucherInnen freigegeben.

Es stellt sich die Frage, ob es eine Möglichkeit gibt, die bereits gezahlten Straßenausbaubeiträge der BürgerInnen zu erstatten.

Dies wird verneint. Nach dem Beschluss zur Abschaffung der Beiträge wird es einen Stichtag geben und ab dem Zeitpunkt sind keine Beiträge mehr zu zahlen.

Ein Bürger weist auf wiederkehrende Beiträge hin, die es in einigen Bundesländern gibt.

**TOP 5**  
**Verschiedenes**

Der Seniorenbeirat bedankt sich bei den politischen Vertretern dafür, an der Diskussionsrunde teilgenommen zu haben und bei Herrn von Ziehlberg für die hervorragende Moderation.

Da sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, schließt die stellvertretende Vorsitzende die Sitzung.

(Wolf-Niederhausen)  
Stellv. Vorsitzende

(Wegner)  
Protokollführerin